

Tagungsbericht

Der sanfte Diktator

– weiß Vater Staat alles besser?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
am 7. Februar 2012 in Berlin

30
JAHRE
STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT
Kronberger Kreis 1982 - 2012



Das Podium (v.l.): Christian Lindner MdB, Andrea Nahles MdB, Dr. Ursula Weidenfeld, Dr. Norbert Röttgen MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort.
Auf dem Bild fehlen: Prof. Dr. Lucia A. Reisch und Prof. Dr. Juergen B. Donges.

2



Inhaltsverzeichnis

Der sanfte Diktator

– weiß Vater Staat alles besser?

- 2 **Begrüßung**
Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft
- 3 **Die Wiederentdeckung der Politik**
Dr. Norbert Röttgen MdB
*Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit*
- 4 **Freiheit des Einzelnen und starker Staat
– kein Widerspruch an sich**
Andrea Nahles MdB
SPD-Generalsekretärin
- 5 **Freiheit als Grundwert – Plädoyer
für die Eigenverantwortung des Bürgers**
Christian Lindner MdB
FDP-Bundestagsfraktion
- 6 **Mündige Bürger und sorgender Staat
– ein Widerspruch?**
Prof. Dr. Lucia A. Reisch
Copenhagen Business School
- 7 **Zu den Grenzen der Staatstätigkeit**
Prof. Dr. Juergen B. Donges
Kronberger Kreis
- 8 **Diskussion**

Impressum:

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartnerin: Dr. Verena Mertins
mertins@stiftung-marktwirtschaft.de
Fotos: Kay Herschelmann

Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

Einführend stellt Prof. Dr. Michael Eilfort den aktuellen Drang zur Suche nach Sündenböcken heraus. So werde die Marktwirtschaft von Vielen für die Finanzmarkt- und Schuldenkrise verantwortlich gemacht, obwohl gerade die Missachtung der marktwirtschaftlichen Regeln Haftung, Transparenz und Subsidiarität in die Krise geführt habe. Für die Stiftung Marktwirtschaft stellt der Vorstand klar, dass ein handlungsfähiger Staat als Rahmensetzer und Schiedsrichter unentbehrlich sei, als Mitspieler und Vormund aber eher überflüssig und überfordert.

Leider flüchteten sich angesichts komplexer Zusammenhänge zu viele Bürger in den Wunsch, dass der Staat alle Probleme für sie löse, als eine Art wohlmeinender sanfter Diktator. Doch Eilfort bezweifelt, dass „Vater Staat“ wirklich immer alles besser wisse: „Ist nicht die Schuldenkrise in erster Linie eine staatliche Überforderungskrise, die uns eher zur Rückbesinnung auf Subsidiarität und Eigenverantwortung statt zu neuem Paternalismus führen sollte?“ Warnende Beispiele gebe es auf allen Ebenen, von der nur in begrenzten Fällen sinnvollen Rekommunalisierung bis hin zu den Glühlampen-Verordnungen der EU.

Dem Vormarsch des sanften Paternalismus in Form des Nudging entgegnet Eilfort, dass zur Freiheit auch das Grundrecht auf Dummheit gehöre, z.B. in Form des Rauchens oder des Verzehrs von ungesunder süßer und fettiger Nahrung. Nach und nach mache sich der Staat überall dort breit, wo die Bürger ihre Freiräume aus eigenem Antrieb aufgegeben hätten. Eilfort warnt eindringlich davor, dass diese Entwicklung im Sinne von Alexis de Tocqueville bei einer allgewaltigen Regierung enden könne, die die Bürger jeglicher Eigeninitiative beraube und zu unmündigen Privatiers degradiere. Die Regierenden könnten versucht sein, den Bürger „gegen seinen Willen glücklich machen zu wollen“.



Die Wiederentdeckung der Politik

Dr. Norbert Röttgen MdB

Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Ausgangsfrage der Tagung „Der sanfte Diktator – weiß Vater Staat alles besser?“ werde von niemandem ernsthaft bejaht, behauptet der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen MdB. Doch auch der Markt als reiner Funktionsmechanismus wisse nicht alles besser. Verantwortung zu tragen, sei allein Sache der Politik: „Die Aufgabe der Politik ist nicht der Schraubendreher oder der Einzelfallentscheider. Sie liegt in der freien Entfaltung des Einzelnen und der Gesellschaft; sie liegt darin, den Markt zu ordnen.“

Die Gegenwart sei eine sehr politische Zeit, historisch vergleichbar mit Nachkriegszeiten, was den Ordnungsbedarf angehe. Doch im Unterschied zur Vergangenheit bestehe heute keine Kongruenz mehr zwischen Ordnungs- und Wirklichkeitsebene. Die Globalisierung sei ein Prozess der Entgrenzung. Während die Politik noch stark national ausgerichtet sei, gingen die zu bewältigenden Herausforderungen weit über die nationale Ebene hinaus, ob es sich nun um die Regulierung der Finanzmärkte, den Euro, die Verschuldungskrise oder den Klimawandel handele. Röttgen betont, dass diese Situation nicht zu einem Gefühl der Ohnmacht führen müsse: „Wir sind diesen Entwicklungen nicht ausgeliefert. Dieser Ordnungsbedarf kann jedoch nur durch die Politik gelöst werden. Wir haben es mit einer Wiederentdeckung der Politik zu tun.“

Als erstes Handlungsfeld führt Röttgen die Notwendigkeit einer europäischen Ordnungspolitik an, was Fragen der Währung und Wirtschaft, aber auch der Verteidigung und der Umweltpolitik angehe. Denn alle diese Politikgebiete würden durch die Globalisierung geprägt. Entweder gelinge es, mit politischem Mut eine europäische Souve-

ränität in diesen Bereichen zu schaffen. Oder Europa würde in der internationalen Politikgestaltung bedeutungslos. Der Umweltminister berichtet aus eigener Erfahrung von internationalen Klimakonferenzen: „Wenn wir drei oder vier oder fünf europäische Stimmen haben, sind wir bedeutungslos. Wenn es dagegen einen europäischen Willen und eine europäische Stimme gibt, dann sind wir als politische Gemeinschaft auch global ein relevanter Faktor.“

In Bezug auf die Wirtschaftspolitik habe die Finanzmarktkrise gezeigt, dass eine nationale Ordnung nicht ausreiche. Um derartige Krisen in Zukunft zu vermeiden, müsse eine internationale Ordnung geschaffen werden. Auch wenn es sich um globale Probleme handele, müsse man auf der europäischen Ebene anfangen: „Wer immer sofort auf den Weltentwurf wartet, wird lange warten können. Es wird nichts passieren. Europa ist die Handlungseinheit, mit der man beginnen kann und auch beginnen muss.“

Das zweite Handlungsfeld sei die Wachstumsfrage und damit zusammenhängend: „Wovon wollen wir in Zukunft leben?“ Auch diese Frage werde durch die Marktordnung entschieden. Dass man sowohl international als auch national Wirtschaftswachstum brauche, steht für Röttgen außer Frage. Doch müsse das Wachstum die Endlichkeit der knappen Ressourcen berücksichtigen. Deswegen sei ein größerer Effizienzwettbewerb die Folge, sowohl was den Verbrauch von Energie und Ressourcen, wie z.B. die seltenen Erden, als auch, was die CO₂-Emissionen angehe. Die Politik müsse zukünftige Knappheiten in ihrer Regulierung antizipieren, um so Anreize für entsprechende Innovationen zu setzen.

Die demografische Entwicklung stelle das dritte Handlungsfeld für eine ordnende politische Gestaltung dar. Röttgen fasst seine Überlegungen zusammen: „Das Zentrum ist der Einzelne und seine Entfaltung in der Gesellschaft und auf dem Markt. Aber ohne eine gute Ordnung können die Einzelnen nicht erfolgreich, glücklich und friedlich miteinander leben und eine verträgliche Zukunft haben.“

Freiheit des Einzelnen und starker Staat – kein Widerspruch an sich

Andrea Nahles MdB
SPD-Generalsekretärin

„Die Entfaltung der Freiheit des Einzelnen wird nicht durch den starken Staat gefährdet, sondern durch unregulierte Finanzmärkte.“ Andrea Nahles MdB, Generalsekretärin der SPD, stellt klar, dass sie wie alle Politiker seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise unter Ohnmachtsverdacht stehe. Nicht nur habe die Finanzkrise die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben und so die staatliche Handlungsfähigkeit geschwächt. Auch sei in der Frage der Regulierung der Finanzmärkte zwar viel geredet, aber wenig umgesetzt worden. Stattdessen sei die Wichtigkeit von nicht-staatlichen Akteuren wie Großunternehmen, Banken und Ratingagenturen deutlich gestiegen.



Deswegen plädiert Nahles für „einen starken Staat im Dienste der Freiheit“ und sieht die Notwendigkeit, auf europäischer Ebene einen funktionierenden Gestaltungsrahmen zu entwickeln. Dies sei die eigentliche Herausforderung ihrer politischen Generation.

Außer in Regulierungsfragen sieht Nahles den Staat auch als schwach an, was die Organisation von Gerechtigkeit angehe. Die Kluft zwischen Arm und Reich sei in den vergangenen 15 Jahren in fast allen Industrieländern gewachsen – auch in Deutschland. In Bezug auf die nächste Bundestagswahl positioniert sich Nahles deshalb klar: „Wir müssen für eine Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich sorgen. Das erwarte ich von einem vernünftigen Steuerkonzept der nächsten Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung.“

Die Generalsekretärin der SPD erläutert, dass die zunehmende soziale Spaltung in Verbindung mit der Finanzmarktkrise bei der Bevölkerung das Gefühl verstärke, dass die Politik diesen Entwicklungen ohnmächtig gegenüberstehe. Und es gebe einige dringende Probleme, die ein stärkeres Eingreifen des Staates erforderlich machten, z.B. in der Bildungspolitik. Nahles zitiert einen Bundesländervergleich der Schulleistungen von 2010, dem zufolge die Aussichten eines Arbeiterkindes, ein Gymnasium zu besuchen, bundesweit 7,8 Mal schlechter seien als die Aussichten von Kindern der sogenannten „oberen Dienstklasse“. In Bayern seien diese Aussichten sogar 13,9 Mal schlechter.

Handlungsbedarf gebe es weiterhin in Fragen der Zuwanderung und Integration. Auch das Thema Fachkräftemangel sei ein Problem der Gegenwart und nicht der Zukunft. Als eine wichtige Maßnahme zu dessen Behebung spricht Nahles die Übertragbarkeit von Bildungsabschlüssen und -leistungen an, sowohl innerhalb Europas als auch zwischen den Bundesländern, z.B. was die Übertragbarkeit von Studienleistungen angehe. Deshalb fordert sie einen europäischen Pakt für Bildung und Fachkräfte.

Nahles' Verständnis von Freiheit beinhalte nicht nur die Gewährleistung elementarer Grundrechte, sondern auch soziale Bürgerrechte und Chancengleichheit: „Freiheit ist nicht nur Freiheit von etwas, sondern Freiheit zu etwas, nämlich zu einem selbst bestimmten Leben, unabhängig vom sozialen Status der Eltern.“ Zu diesem Zweck erwartet sie ein beherztes ordnungspolitisches Eingreifen eines starken Staates. Dabei müsse das Leistungsprinzip weiterhin gelten und Sozialleistungen auf der Basis von Erwerbsarbeit gewährt werden. Deswegen erteilt Nahles Vorschlägen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen der Linken und dem Bürgergeld der FDP eine klare Absage.

Freiheit als Grundwert – Plädoyer für die Eigenverantwortung des Bürgers

Christian Lindner MdB
FDP-Bundestagsfraktion

„Von Peking oder Washington aus betrachtet sind die Unterschiede zwischen den Positionen von Andrea Nahles, Norbert Röttgen und mir vergleichsweise gering, aber hier im Raum werden Sie einige Nuancierungen erkennen.“ Christian Lindner MdB, ehemaliger Generalsekretär der FDP, erinnert an einen zusammen mit Röttgen im März 2010 verfassten Zeitungsbeitrag. Der Text sei ein Plädoyer für einen starken Staat, welcher sich nicht im Getümmel verliere, sondern oberhalb der Wirtschaft und den Einzelinteressen stehe.

Als Reaktion hätte Lindners Vorrednerin Nahles zusammen mit der Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, Steffi Lemke, ebenfalls einen Beitrag veröffentlicht, in dem sie u.a. eine demokratisch legitimierte Klärung derjenigen Politikbereiche fordern, die in Zukunft wachsen sollen. Dieses von Lindner als „Politikerwirtschaft“ bezeichnete Modell ließe Politiker und Ministerialbeamte darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickle. In der sozialen Marktwirtschaft dagegen würden millionenfache Einzelentscheidungen der Bürger, Unternehmen und Wissenschaftler die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen.

Lindner erinnert daran, dass der damalige Chef von IBM in den 1940er Jahren den weltweiten Bedarf für Rechnerysteme auf fünf Stück schätzte, und fügt hinzu: „Und jetzt stellen Sie sich vor, Andrea Nahles hätte die zukünftige Richtung des Wachstums festlegen müssen. Der Einzelne kann irren, aber er kann auch der Pionier einer technologischen Revolution sein. Facebook und Google sind keine Angebote der Deutschen Bundespost, sondern aus dem Nichts entstanden durch die Kraft einer innovativen Idee.“ Der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Technologiepolitik plädiert für eine steuerliche Forschungsförderung anstelle von Projektförderung und verweist auf einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen im Bundestag.

Die soziale Marktwirtschaft sei bedroht, weil die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns nicht mehr konsequent befolgt würden. Überdies bestünden Ressentiments gegen das Prinzip des Marktes, nicht zuletzt weil das menschliche Gedächtnis vergesslich sei und positive Auswirkungen der Liberalisierung, z.B. auf dem Telekommunikations-



markt, schnell als selbstverständlich hingenommen würden. Die soziale Marktwirtschaft werde international sowohl vom chinesischen als auch vom US-amerikanischen Wirtschaftsmodell herausgefordert: „Deswegen sollten wir unsere Wirtschaftsordnung offensiv verteidigen, denn sie ist die beste Verbindung von Dynamik, Wohlstand und sozialem Ausgleich.“ Zu diesem Zweck schlägt Lindner eine konstitutive Verankerung der sozialen Marktwirtschaft im Grundgesetz vor.

Abschließend konstatiert Lindner: Freiheit sei ein „Muskel, der genutzt und trainiert werden muss“. Unternehmen und Bürger fühlten sich einerseits den Finanzmärkten schutzlos ausgeliefert, andererseits von kleinen bürokratischen Fesseln gegängelt. Als Beispiele nennt Lindner die Diskussion um die Verschärfung des Ladenschlussgesetzes und die überregulierte Hygiene-Verordnung für Tagesmütter in Nordrhein-Westfalen und warnt davor, zu viel durch Regeln festzulegen: „Das ist nicht die Mentalität der sozialen Marktwirtschaft, in der es um die individuell verantwortete Freiheit geht.“ Dass der Wert der Freiheit den Menschen wichtiger sei als der Wert der Gleichheit, erkenne man nicht zuletzt aber an der weltweiten Migrationsbilanz, einer „Abstimmung mit den Füßen“: Die USA als Inbegriff der Freiheit führten die Bilanz an, Schlusslicht sei Nordkorea.



Mündige Bürger und sorgender Staat – ein Widerspruch?

Prof. Dr. Lucia A. Reisch
Copenhagen Business School

„Ist der Markt tatsächlich kein verlässliches Korrektiv – oder lässt man ihn nur nicht richtig wirken?“ Diese Frage stellt Prof. Dr. Lucia A. Reisch von der Copenhagen Business School an den Beginn ihres Vortrags und kommt zu dem Ergebnis, dass Wettbewerb allein noch keine funktionierenden Märkte sichere. Abgesehen von regulierungsbedürftigen Märkten mit Externalitäten gebe es besonders gefährdete „vulnerable Konsumenten“ mit eingeschränkter Konsumkompetenz, wie z.B. Kinder oder Menschen, denen es an Computerkenntnissen mangelt. Doch die empirische Evidenz zeige, dass nicht nur bestimmte Konsumentengruppen, sondern die Gesamtheit aller Konsumenten systematisch nicht rational entscheide.

Reisch erläutert das Menschenbild der Verhaltensökonomik: Informationsverarbeitungskapazität, Rationalität, Willenskraft und das Eigeninteresse des Menschen seien begrenzt. Zudem unterläge sein Entscheidungsverhalten im Vergleich zum theoretischen Idealbild des „homo oeconomicus“ diversen Verzerrungen und Heuristiken, wie z.B. Verlustaversion, Gegenwartspräferenz und Herdenverhalten. Unter diesen Beschränkungen leide die Effizienz des

Marktes und dies sei die Begründung für den Einsatz des „Nudging“. Reisch, Mitglied im Rat für nachhaltige Entwicklung, stellt fest: „Nudging, also das Anstoßen von Entscheidungen, kann mit weniger Regulierung viel stärkere Effekte erzielen als das Anordnen.“

Die Politik habe nun zwei Möglichkeiten, mit diesen Verhaltensweisen des Menschen umzugehen. Zum einen könne sie versuchen, die Verhaltensweisen abzumildern durch Stärkung der Kompetenzen der Konsumenten, Unterstützung von Selbstbindungsmechanismen, verstärkte Zielgruppenorientierung (z.B. spezielle Energieberatungsteams für Hartz IV-Empfänger) sowie Maßnahmen der Vereinfachung und Standardisierung, zu denen positive Qualitätssignale wie z.B. Smileys für Restaurants und farbige Schlüssellöcher in Skandinavien zählen, die vergleichsweise gesunde Nahrungsmittel kennzeichnen.

Zum anderen könne die Politik die menschlichen Verhaltensweisen ausnutzen. Menschen seien bequeme Gewohnheitstiere und würden sogenannte „defaults“, also gesetzte Voreinstellungen, zum Großteil direkt übernehmen. Eine staatliche Entscheidungsarchitektur sei deswegen nicht unbedingt gleich Manipulation, denn wie Reisch klar macht: „Irgendjemand muss der Entscheidungsarchitekt sein. Man kann nicht eine Situation *nicht* vorgeben. Aber man kann Politik *mit* statt *gegen* Verhaltenstendenzen und Heuristiken betreiben.“ Die individuelle Handlungsfreiheit solle zwar gelenkt werden, sie bleibe aber vollständig erhalten – denn beim Nudging sei die „Opt out“-Alternative immer gegeben und auch nicht prohibitiv kompliziert oder kostenintensiv. Der Einzelne müsse die „defaults“ einfach überwinden können.

Stehen die Freiheit des Einzelnen und die politische Lenkung durch den sanften Diktator Staat noch in einem sinnvollen Verhältnis? Die ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Verbraucher- und Ernährungspolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bejaht diese Frage. Auch in liberalen Staaten gebe es eine Tradition der Regulierung bei starken Externalitäten, z.B. in der Umwelt- und Gesundheitspolitik. Der verantwortungsvolle Konsument sei weiterhin gefragt: „Doch die gesellschaftliche Regulierung durch Nudging unterstützt die Menschen dabei, die Entscheidungen zu treffen, die sie eigentlich treffen wollen, aber nicht treffen können, z.B. weil sie nicht informiert sind oder nicht die nötige Disziplin haben.“ Reisch betont außerdem, dass Freiheit mehr sein müsse als Konsumfreiheit. Die Gesellschaft sollte stärker in die Diskussion einbezogen werden, was das Gemeinwohl ausmache, z.B. bezogen auf die Energiewende in Form eines nationalen Forums.

Zu den Grenzen der Staatstätigkeit

Prof. Dr. Juergen B. Donges
Kronberger Kreis

Prof. Dr. Juergen B. Donges von der Universität zu Köln betont die Rolle des Wettbewerbs nach innen und außen als Grundpfeiler der Marktwirtschaft. Deswegen bedauert Donges, dass die Doha-Runde der Welthandelsorganisation nicht vorankomme und richtet sich mit der Forderung an seinen Vorredner Röttgen, dass die Politik nicht nur von internationaler Koordinierung reden, sondern auch entsprechend handeln solle.

Bei Vorliegen von Marktversagen müsse der Staat korrigierend eingreifen. Bezogen auf den Klimaschutz ließen sich negative externe Effekte am besten durch richtig konzipierte Ökosteuern oder Emissionsrechte verursachungsgemäß anlasten. Dagegen sei es ökonomisch nicht sinnvoll, einen festen Anteil von erneuerbarer Energie an der Energieversorgung vorzugeben.

Der Staat sei ebenfalls gefordert, wenn es um die Sicherung der Stabilität des Finanzsystems als einem öffentlichen Gut gehe. Der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erläutert, dass dies am besten über strenge Eigenkapitalvorschriften für Banken und Finanzierungsinstitute und eine angemessene Aufsicht zu erreichen wäre: „Bankenabgaben und Finanztransaktionsteuern sind dagegen nicht zielführend, lassen sich in der Öffentlichkeit aber wunderbar als eine Bestrafung der Banken verkaufen.“

Der Staat müsse gute gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionen, Innovationen und die Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte schaffen. Donges nennt die Agenda 2010 und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse als Beispiele für wichtige Reformen Deutschlands und verweist auf die Notwendigkeit von institutionellen Strukturreformen für Länder mit hoher Staatsverschuldung und geringem Wachstum. Im Falle eines Konjktureinbruchs solle der Staat fiskalpolitisch eingreifen, aber nur temporär und nicht „um den Preis einer staatlich induzierten Vermögensvernichtung“ wie bei der Abwrackprämie.

Jedoch verwischten sich in der politischen Praxis die Grenzen der Staatstätigkeit. Zum einen besäßen die Politiker Eigeninteressen an Interventionen in den Wirtschaftsprozess, um Wählerstimmen zu gewinnen und Spenden zu mobilisieren. Als Beispiel verweist Donges auf die Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes 2009, mit der Investitionskontrollen gegen staatlich gelenkte Investitionsfonds aus Schwel-

lenländern eingeführt wurden. Mittlerweile bemühe man sich händeringend um Finanzinvestitionen von Staatsfonds eben dieser Länder für den Rettungsschirm EFSF.

Zum anderen mahnt das langjährige Mitglied des Kronberger Kreises die Neigung zum Paternalismus an: „Wenn es um Wahlen geht, wird der Bürger umworben und für mündig gehalten. Aber ansonsten wird er für unfähig gehalten, seine Angelegenheiten in Eigenverantwortung zu erledigen.“ Als Beispiele für staatliche Bevormundung führt er die Diskussion um eine Beschränkung der Ladenschlusszeiten im Einzelhandel und die Vorschriften zur Wärmedämmung an. Anstelle von Überregulierung und „Anstupsens“ der Bürger schlägt Donges für die Umweltpolitik vor, einfach den Preismechanismus mit seiner Lenkungsfunction wirken zu lassen.

Auch das bislang weitgehend erfolglose Krisenmanagement der EU läge nicht an „düsteren Marktkräften“, sondern wird von Donges damit begründet, dass sich die Staats- und Regierungschefs nicht an ihre eigenen Verabredungen zu Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen hielten. „Der Staat kann nicht alles richten und selbst wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung generieren. Aber er kann mit ordnungspolitisch verlässlichen Regeln gute Bedingungen schaffen und den Wettbewerb sicherstellen. Den „sanften Diktator“, der stets alles richtig und vernünftig und immer zum Wohle der Allgemeinheit angeht, gibt es im realen Leben nicht.“



Diskussion

In der von Dr. Ursula Weidenfeld kompetent moderierten Diskussion beschreibt Minister Röttgen die „Pflicht der Politik zu gestalten“. Er stelle häufig eine Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten der politischen Gestaltung und ihrer Wahrnehmung fest. Deswegen gebe es ein Politikdefizit – und zwar nicht in der Einzelfallentscheidung, sondern in der Gestaltung der grundsätzlichen Ordnung, die starken Einzelinteressen widerstehen müsse. Nahles stellt fest: „Ich bin in die Politik gegangen, um zu gestalten und nicht nur um zuzugucken.“ So hätten zwar die regierenden Politiker für die Rettungsmaßnahmen und die Beruhigung der Bürger in der Finanzkrise gesorgt, aber die eigentlichen Verursacher der Krise seien mit ihrer Machtfülle im Verborgenen geblieben.

Die Finanzmarktkrise stelle ein gutes Beispiel dafür dar, dass der Regelrahmen nicht funktioniert habe und die Märkte im Sinne der Zusammenführung von Haftung und Risiko neu geordnet werden müssten, erklärt Lindner und wünscht sich eine differenzierte Betrachtung der Regulierungsmechanismen. Nahles erwidert, dass im Fall der Finanztransaktionsteuer wegen des fehlenden politischen Willens der FDP nichts passiere, obwohl die politische Gestaltungsmöglichkeit klar in den Händen der deutschen und französischen Regierungen liege. Lindner entgegnet, dass die generelle „Regelungsabstänze gegenüber den Finanzmärkten“ darin begründet sei, dass sich die Staaten in die Abhängigkeit der Finanzmärkte begeben hätten.

Lindner thematisiert damit verbundene demokratietheoretische Probleme, die sich ergeben, wenn die deutsche

Regierung (und nicht das Parlament) internationale Verträge einginge, ihrerseits aber den Bundestag binde. Um das System der Gewaltenteilung aufrechtzuerhalten, seien Instrumente wie der von CDU, CSU und FDP erkämpfte deutsche Parlamentsvorbehalt in Fragen der Euro-Hilfen sinnvoll und wegweisend. Nahles beschreibt das Gefühl des Getriebenseins vieler Parlamentarier im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise. In der krisenhaften Verdichtung von Entscheidungen habe die Regierung naturgemäß den Vorrang, doch könne dies kein Dauerzustand sein. Sie warnt vor dem undifferenzierten Loblied der Piratenpartei auf die direkte Demokratie und betont die Vorzüge der repräsentativen Demokratie. Röttgen bemerkt, dass man sich keinen Illusionen hingeben solle: In einem arbeitsteiligen Expertenparlament könne der einzelne Abgeordnete nicht jeden Gesetzentwurf en détail studieren.

Die größte Herausforderung in der politischen Gestaltung sieht Röttgen darin, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen, z.B. was Verschuldung, Demografie, Ressourcen und Klimaschutz angehe: „Unsere Aufgabe als Politiker besteht darin, die Wahlen zu gewinnen – mit den Themen der noch nicht wahlberechtigten Kinder.“

Eva Rindfleisch (Konrad-Adenauer-Stiftung) gibt zu bedenken, dass die Sozialpolitik naturgemäß stark in die Freiheit des Menschen eingreife und fragt, wie das Betreuungsgeld zu beurteilen sei. Reisch erläutert, dass es sich hierbei um Nudging handele, aber dass die Diskussion der Politikziele, des Gemein- und Kinderwohls, auf gesellschaftlicher Ebene stattfinden müsse. Donges plädiert abschließend für einen starken Staat, der verlässliche Regeln etabliere und sich auch daran halte. Die soziale Marktwirtschaft müsse dazu nicht explizit im Grundgesetz verankert werden.



Das Publikum im Deutschen Bundestag.